

Annoucen... In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung...

Posener Zeitung. Neunundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bezeichn... In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München...

Nr. 176.

Freitag, 10. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Pettzeile ober deren Raum...

1882.

Amtliches.

Berlin, 9. März. Der König hat dem Polizei-Sekretär Beder zu Berlin den Charakter als Kammer-Rath verliehen...

Vom Pandtage.

Abgeordnetenhaus. 30. Sitzung.

Berlin, 9. März. 11 Uhr. Am Ministertische Maybach, v. Rameke, v. Puttkamer, Bitter und Kommissarien.

Zur zweiten Beratung der Gesetzentwurf betr. den weiteren Erwerb von Privateisenbahnen für den Staat.

Im § 1 wird die Staatsregierung unter Genehmigung ihrer Verträge mit den resp. Privatgesellschaften ermächtigt, die Verwaltung und den Betrieb 1. der Bergisch-Märkischen, 2. der Thüringischen, 3. der Berlin-Görlitzer, 4. der Rottbus-Großenhainer, 5. der Märkisch-Posener und 6. der Rhein-Nabe-Eisenbahn zu übernehmen...

Zur Diskussion steht zunächst die Erwerbung der Bergisch-Märkischen. Ref. Roderath verzichtet auf das Wort.

Abg. v. Heede erklärt ihre Verstaatlichung für notwendig, zugleich bietet sie die Gelegenheit, den exorbitanten Tarif dieser Bahn herabzusetzen. Die verlangte Mitwirkung der Landesvertretung bei Feststellung der Tarife theilt der Redner in Bezug auf den Normaltarif, will aber dem Minister freie Hand zu Abänderungen desselben, namentlich nach unten, lassen, um gewissen lokalen Bedürfnissen und einzelnen Establishments gerecht zu werden.

Abg. Biedermann und seine politischen Freunde sind und bleiben Gegner der Verstaatlichung und werden demgemäß stimmen.

Zu Nr. 2, Thüringische Bahnen fragt Abg. v. Pannocher: wie sieht die Regierung das Rechtsverhältnis zur Braunschweiger Eisenbahn jetzt an?

Der Ankauf der Bergisch-Märkischen Bahn wird hierauf genehmigt. Zu Nr. 2, Thüringische Bahnen fragt Abg. v. Pannocher: wie sieht die Regierung das Rechtsverhältnis zur Braunschweiger Eisenbahn jetzt an?

Bezüglich der folgenden vier kleineren Bahnen (Berlin-Görlitzer, Rottbus-Großenhainer, Märkisch-Posener und Rhein-Nabe) erklärt Abg. Rieschke, daß er für deren Erwerb stimmen würde...

Abg. v. Tiedemann weist darauf hin, daß der Staat immerhin noch kein schlechtes Geschäft mache. Man müsse damit rechnen, daß es sich hier um ein wichtiges Glied in dem Verkehr von Hamburg nach Oesterreich handele...

Abg. v. Tiedemann weist darauf hin, daß der Staat immerhin noch kein schlechtes Geschäft mache. Man müsse damit rechnen, daß es sich hier um ein wichtiges Glied in dem Verkehr von Hamburg nach Oesterreich handele...

Ministerialdirektor Schneider bezeichnet den Preis ebenfalls als einen nicht zu hohen. Der Staat übernehme zwar ein finanzielles Risiko, erhalte dafür aber eine Bahnlinie, die eine hohe verkehrspolitische Bedeutung habe.

Der Ankauf der Berlin-Görlitzer Bahn wird genehmigt. Bei Nr. 4 (Rottbus-Großenhain) führt Abg. Roderath wiederum aus, daß der Preis zu hoch sei. Das Haus entscheidet sich indeß für die Annahme.

Nr. 5 (Märkisch-Posen) wird vom Abg. v. Dziembowski namentlich mit Rücksicht auf die militärische Bedeutung der Bahn zur Annahme empfohlen.

Minister Maybach: Bei der großen Bedeutung dieser Bahn in verkehrspolitischer und militärischer Beziehung hätte dieselbe schon früher von vornherein als Staatsbahn zur Ausführung gebracht werden müssen.

Abg. Roderath: In der Stärkung der Wehrkraft unseres Vaterlandes nach außen hin sind alle Parteien stets einig gewesen. Liegt denn aber hier irgend eine Veranlassung vor, den militärischen Gesichtspunkt derart in den Vordergrund zu setzen?

Nachdem der Referent v. Duast diesen Ausführungen entgegengetreten war, wird die Nr. 5 genehmigt. Zu Nr. 6 (Rhein-Nabe-Bahn) führt Abg. Knebel aus, daß der Preis mit Rücksicht auf die Interessen der alten Aktionäre, gegen die sich der Staat arg versündigt habe, durchaus angemessen sei.

Ohne Debatte genehmigt das Haus den § 2 sowie die übrigen Paragraphen der Vorlage, namentlich auch den § 10 bezüglich der Kommunalbesteuerung, welcher nach dem Kommissionsbeschluss lautet: „Bis zu einer anderweitigen gesetzlichen Regelung der Kommunalbesteuerung der Eisenbahnen finden die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen über die Verpflichtung der Privateisenbahnen zur Zahlung von Gemeinde-, Kreis- und Provinzialsteuern auf die im § 1 bezeichneten Eisenbahnen auch nach dem Uebergang derselben in die Verwaltung für Rechnung des Staates oder in das Eigenthum des Staates in gleicher Weise, wie bis zu diesem Zeitpunkte Anwendung.“

Schluss 2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Etat des Handels- und Finanzministeriums; direkte Steuern.)

Regierungsvorlage.

Artikel 1. Die Art. 2, 3 und 4 im Gesetz vom 14. Juli 1880 (Gesetzsammlung Seite 285) treten mit der Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes wieder in Kraft.

Artikel 2. Einem Bischof, welcher auf Grund der §§ 24 ff. im Gesetz vom 12. Mai 1873 (Gesetzsammlung Seite 198) durch gerichtliches Urtheil aus seinem Amte entlassen worden ist, kann von dem Könige die staatliche Anerkennung als Bischof seiner früheren Diözese wieder ertheilt werden.

Artikel 3. Das Staatsministerium ist ermächtigt, mit königlicher Genehmigung die Grundzüge festzustellen, nach welchen der Minister der geistlichen Angelegenheiten von den Erfordernissen der §§ 4 und 11 im Gesetz vom 11. Mai 1873 (Gesetzsammlung Seite 191) dispensiren, auch ausländischen Geistlichen die Vornahme von geistlichen Amtshandlungen oder die Ausübung eines der im § 10 erwähnten Aemter gestatten kann.

Kommissions-Beschlüsse der zweiten Lesung.

Artikel 1. Die Art. 2, 3 und 4 im Gesetz vom 14. Juli 1880 (Gesetzsammlung Seite 285) treten mit der Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes auf die Zeit bis zum 1. April 1883 wieder in Kraft.

Artikel 2. Hat der König einen Bischof, gegen welchen auf Grund der §§ 24 ff. des Gesetzes vom 12. Mai 1873 durch gerichtliches Urtheil 1873 durch gerichtliches Urtheil auf Entlassung aus seinem Amte erkannt ist, begnadigt, so gilt derselbe wieder als staatlich anerkannter Bischof seiner Diözese.

In sonstigen Fällen, in welchen auf Grund der §§ 24 ff. des Gesetzes vom 12. Mai 1873 oder des § 12 des Gesetzes vom 22. April 1875 auf Entlassung aus dem Amte erkannt ist, werden die Folgen der ergangenen Erkenntnisse auf die Unfähigkeit zur Bekleidung des Amtes und die im Art. 1, Abs. 2 und 3 des Gesetzes vom 14. Juli 1880 aufgeführten Folgen beschränkt, insofern nicht inzwischen eine Wiederbesetzung der Stelle erfolgt ist.

Artikel 3a. Von Ablegung der im § 4 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 vorgeschriebenen wissenschaftlichen Staatsprüfung sind diejenigen Kandidaten befreit, welche durch Vorlegung von Zeugnissen den Nachweis führen, daß sie die Entlassungsprüfung auf einem deutschen Gymnasium abgelegt, sowie ein dreijähriges theologisches Studium auf einer deutschen Universität oder auf einem kirchlichen, in Preußen bestehenden Seminare, welches nach dem Gesetze die Universität zu erlangen geeignet ist, zurückgelegt und während dieses Studiums Vorlesungen aus dem Gebiete der Philosophie, Geschichte und deutschen Literatur mit Fleiß gehört haben.

Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, auch im Uebrigen von den Erfordernissen des § 4, sowie von dem Erfordernisse des § 11 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 zu dispensiren, auch ausländischen Geistlichen die Vornahme von geistlichen Amtshandlungen oder die Ausübung einer der im § 10 erwähnten Aemter zu gestatten. — Die Grundzüge, nach welchen dies zu geschehen hat, sind vom Staatsministerium mit königlicher Genehmigung festzustellen.

Artikel 3a. Die Ausübung der in den §§ 13 ff. des Gesetzes vom 20. Mai 1874 und in den Art. 4 ff. des Gesetzes vom 21. Mai 1874 (Gesetzsammlung S. 139) den Präsentationsberechtigten und der Gemeinde beizulegenden Befugnisse zur Wiederbesetzung eines erledigten geistlichen Amtes und zur Einrichtung einer Stellvertretung in demselben findet ferner nicht statt.

Artikel 4. An die Stelle des § 16 im Gesetz vom 11. Mai 1873 tritt nach folgende Bestimmung:

Der Einspruch findet statt, wenn dafür erachtet wird, daß der Anzustellende aus einem Grunde, welcher dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiete angehört, für die Stelle nicht geeignet sei, insbesondere wenn seine Vorbildung den Vorschriften dieses Gesetzes nicht entspricht.

Die Gründe für den Einspruch sind anzugeben. Gegen die Einspruchserklärung kann innerhalb dreißig Tagen bei dem Minister der geistlichen Angelegenheiten Beschwerde erhoben werden, bei dessen Entscheidung es bewendet.

Unverändert nach der Vorlage.

Unverändert nach der Vorlage.

Politische Uebersicht.

Posen, 10. März.

Wir stellen in Folgendem die Beschlüsse der zweiten Lesung der kirchenpolitischen Kommission über die einzelnen Artikel mit der Vorlage zusammen:



Artikel 5.

Das Staatsministerium ist ermächtigt, für bestimmte Bezirke widerruflich zu gestatten, daß Geistliche, welche im Uebrigen die geistlichen Erfordernisse für die Ausübung geistlicher Amtshandlungen erfüllen oder von denselben dispensirt sind, zur Hülfeleistung im geistlichen Amt ohne die nach § 15 des Gesetzes vom 11 Mai 1873 erforderliche Benennung verwendet werden.

Fällt fort.

Bei der Schlussabstimmung hat die Kommission mit 14 gegen 6 Stimmen das ganze Gesetz, wie bereits mitgetheilt, abgelehnt; trotzdem wird das Plenum sich mit der Vorlage, sowie den einzelnen Kommissionsbeschlüssen und noch mit weiteren Anträgen des Centrums zu befassen haben; denn die Centrumsfraktion hat gestern, wie die „Germania“ meldet, einstimmig beschlossen, die früheren Anträge, betreffend die Straffreiheit des Lesens der h. Messe und der Spendung der Sacramente, und die Aufhebung des Sperrgesetzes wieder einzubringen. Die gestrige Meldung war also verfrüht. Die Anträge haben folgenden Wortlaut:

1. Einiger Paragraph. Das Gesetz vom 22. April 1875, betr. die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bischöfe und Geistlichen (Ges.-Samml. S. 194) tritt mit dem 1. Mai 1882 außer Wirksamkeit.

Die nach § 9 dieses Gesetzes weiter zu treffenden gesetzlichen Bestimmungen bleiben vorbehalten.

2. Einiger Paragraph. Den Strafbestimmungen der Gesetze: vom 11. Mai 1873 über die Vorbildung und Anstellungen der Geistlichen (Ges.-Samml. S. 191); vom 12. Mai 1873 über die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung des königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten (Ges.-Samml. S. 198); vom 20. Mai 1874 über Verwältung erledigter katholischer Bischöfe (Ges.-Samml. S. 135); vom 21. Mai 1874 wegen Deklaration und Ergänzung des Gesetzes vom 11. Mai 1873 über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen (Ges.-Samml. S. 139) und vom 22. April 1875, betreffend die Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bischöfe und Geistlichen (Ges.-Samml. S. 194)

unterliegt das Spenden der Sacramente und das Lesen der Messe nicht.

Wie die „N. N. Ztg.“ berichtet, beginnen am 24. d. Mts. im Reichs-Justizamt die bereits erwähnten Berathungen von Sachverständigen über den in diesem Amte (Referenten: Geh. Regierungsrath Deegen, Regierungsrath Dr. Kayser, Korreferent Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Hagens) in Gemeinschaft mit der wirtschaftlichen Abtheilung des Reichsamts des Innern aufgestellten Gesetzentwurf, betreffend die Kommandit-Gesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften. Als Sachverständige sind, wie zum Theil schon berichtet worden, einberufen: Der frühere Unterstaatssekretär, jetzige Vorsitzende der preussischen Bodenkreditanstalt, Jacobi, der Geh. Kommerzienrath und Präsident des Handelstages, Delbrück, der frühere Bürgermeister und persönlich haftende Gesellschafter der Diskontogesellschaft, Ruffell, der Bankdirektor und Abgeordnete v. Schauff in München, die Professoren Dr. Goldschmidt und Dr. Adolf Wagner aus Berlin und Dr. von Sicherer aus München, sowie der Kammergerichtsrath Keyßner und der Rechtsanwält Dr. Embden aus Hamburg. Als Kommissarius des Reichsbank-Direktoriums wird sich der Geh. Ober-Finanzrath Koch an diesen Konferenzen betheiligen. Professor Schmoller, welcher ebenfalls eine Einladung erhalten hatte, sah sich mit Rücksicht auf seine in diesen Tagen erfolgende Ueberfiedelung nach Berlin genöthigt, die Aufforderung zu seinem Bedauern abzulehnen. Eine derartige Befragung wirklicher Sachverständigen ist, mag sich auch gegen die Auswahl Manches einwenden lassen, sicherlich ungleich praktischer und erfolgversprechender, als eine Erörterung im „Volkswirtschaftsrath“.

Die hochoffizielle Berliner Korrespondenz der wiener „Pol. Corr.“ zollt dem Verhalten der Franzosen gegenüber der Affaire Skobjelow besondere Anerkennung. Es scheint die eigentliche Mission des Generals Skobjelow gewesen zu sein, der Welt zum ersten Male zu zeigen, „daß in Paris der gesunde Menschenverstand nicht bloß in einzelnen aufklärten Männern wohnt, sondern auch die öffentliche Meinung führen könne.“ Allerdings habe Skobjelow keine offizielle Mission, keine Legitimation gehabt. Frankreich will wohl die Revanche, aber ohne Abenteuer. Für die Befriedigung der Revanche ist es auf eine Koalition angewiesen. „Der politische Verstand, so heißt es zum Schlusse, ist in Frankreich so weit gereift, um deutlich zu begreifen, daß eine Koalition nicht nur aus mächtigen Gliedern bestehen, sondern auch durch starke und nachhaltige Interessen zusammengehalten werden muß, nicht durch improvisirte Launen der Herrscher oder der Völker. In dieser Einsicht, wenn sie sich gegen die Künste egoistischer und abenteuerlicher Politiker behauptet, liegt eine Garantie für den Frieden und die heilsame Entwicklung Westeuropas, wie sie werthvoller nicht gedacht werden kann.“ In Frankreich bezweifelt man mit Recht, daß General Skobjelow etwas anderes sei als ein Agent provocateur, weder ihn noch die Kriegsbereitschaft Russlands hat man dort im Ernst genommen. Das macht allerdings dem politischen Takt der Franzosen alle Ehre, sie sind aber jedenfalls auch überzeugt, daß unter allen Umständen bei einem Koalitionskrieg die Last beinahe ausschließlich auf ihre Schultern fallen würde.

Zur Lage in Rußland bringt die „Wiener Abendpost“, das hochoffizielle Beiblatt der amtlichen „Wiener Zeitung“, aus St. Petersburg vom 3. d. folgende Mittheilung:

„General Skobjelow hat den Befehl erhalten, in Gatschina auszureizen und sich sogleich bei Sr. Majestät dem Kaiser zu melden. Er muß in diesem Augenblicke im Palais sein, um Rechenschaft über sein unflüchtiges Schwanken abzugeben. Der genannte General hat die Gewohnheit, seine Geldnotizen selbst zu beschreiben. Viele ihn herausstreichende Artikel in russischen, englischen und französischen Blättern rühmten aus seiner eigenen Feder her. Sie sind um so interessanter, als die meisten dieser Siege sonst vollkommen unbekannt wären.“

Nach den der „National-Ztg.“ aus Rußland zugehenden Berichten wäre es ein großer Irrthum, die Stimmung nach den Skobjelow'schen Rodomontaden beurtheilen zu wollen. Ohne

Zweifel hat Skobjelow überzeugte Gefinnungsgeoffenen und Helfer, welche der öffentlichen Meinung gern eine Richtung nach Außen geben möchten. Die große Mehrzahl der gebildeten Klassen aber hat ganz andere Anliegen als Krieg um der Herzogin wegen zu führen. Die vollständige Rechtlosigkeit der Person, die nie weiter getrieben worden ist, als unter dem grausamen Despotismus des Grafen Ignatjew, lastet auf der gesammten Gesellschaft. Ein unbedachtes Wort oder eine falsche Denunziation führt auf die Polizei und von dort vielleicht direkt in unabsehbares Gefängnis und in Verbannung. Wo Sorgen und Befürchtungen dieser Art fortwährend auf Menschen von irgend selbständiger Denkungsart drücken, fehlt es an jedem Interesse an einer auswärtigen Abenteuerpolitik. Manche mögen eine solche Politik deshalb wünschen, weil sie daraus den Zusammenbruch des jetzigen Systems mit Sicherheit erwarten. Die wahnwitzigen Kriegsartikel der slawophilen Presse sind nicht getragen von dem Strome einer beherrschenden allgemeinen Meinung, sie sind zum überwiegenden Theil auf die Inspirationen Ignatjew's und seiner Clique zurückzuführen; von den Schlepptägern eines barbarischen und veralteten Absolutismus wendet sich die große Mehrzahl der Gebildeten mit Abscheu und Verachtung ab. Selbst ein so fanatisches Blatt wie die „Nowoje Wremja“ hat in einem Artikel eine Unterredung ihres Redakteurs mit einem moskauer Bürger mittheilen müssen, aus der sich die friedliche Gefinnung dieser Klasse ergibt.

Aus Warschau geht dem „Berl. Tagebl.“ die Mittheilung zu, daß dort der General Skobjelow in mehreren öffentlichen Restaurants die gerade anwesende Zuhörerschaft theils polnisch, theils russisch „angetoastet“ habe. In einem Lokale, wo fast nur russische Offiziere verkehren, soll Skobjelow in einem Zustande, der äußerlich angeblich derjenige der Trunkenheit war, in Wahrheit aber mehr den Eindruck einer Simulation machte, wörtlich das Folgende geleistet haben:

„Meine Herren! Auf Befehl meines Kaisers bin ich wieder in meinem geliebten Vaterlande, für das wir so gerne unser Leben geben. Die verlogene westeuropäische Presse nannte mich einen Schwärzer; Sie, meine Herren, kennen mich, Sie wissen, daß ich kein Mann von vielen Worten, sondern ein Mann der That bin; nur die schamlose Frevoltheit unserer Feinde löste mir die Zunge. Ich befinde mich nicht mehr in dem Alter, in welchem einem der Verstand mit der Zunge davon geht: was ich sprach, war zehnmal bedacht und überlegt. Jeder gute Russe mußte so sprechen — und Sie, meine Freunde, wissen, der beste Russe ist unser Kaiser. Wie er über die große slawische Sache denkt, wissen Sie, weiß Europa; und wenn Sie mich dennoch auf Befehl unseres Kaisers hier sehen, so erblicken Sie darin eine neue Demüthigung, von der Seite jenes Mannes, der durch Blut und Eisen ein Reich gegründet, das nur durch russisches Blut und Eisen zertrümmert werden muß.“

Nach dem bisherigen Auftreten des Generals Skobjelow hält das „Berl. Tagebl.“ auch das Vorstehende für durchaus glaubwürdig, obgleich man von panslawistischer Seite jetzt Alles abzuleugnen und abzuschwächen versuche, was der säbelkrählende Redeheld Jung-Rußlands bisher leistete. Sogar Madame Nowikow, die bekannte „Freudlin Gladstones“, die erst vor Kurzem aus London nach Moskau überfiedelte, wird zur Reinwaschung Skobjelow's in Anspruch genommen. Der Londoner Korrespondent des genannten Blattes telegraphirt darüber:

Die Gladstonesche „Ball Mall Gazette“ erhielt folgendes Schreiben aus Moskau, 2. März, von Madame Nowikow. Dasselbe lautet:

„Skobjelow ist durchaus nicht so verrückt, wie manche Leute zu denken scheinen. Er sagte niemals alle ihm von der Pariser Zeitung „France“ angebotenen Absurditäten. Weder Katiow noch Aljakow wurden auch nur einen Augenblick durch thörichte Fälschungen jener Zeitung g'getäuscht. Was er wirklich sagte, ist beinahe genau daselbe, was ich in meinem Artikel „die Krisis in Serbien“ in dem Februarheft „Contemporary Review“ schrieb, nämlich: daß die Zeit gekommen sei, Oesterreich zu warnen, und daß, obgleich Rußland sehr den Frieden wünscht, doch gewisse Dinge nicht gethan werden dürfen, falls der Frieden erhalten bleiben solle. Niemand hier wünscht den Krieg; gerade weil wir denselben vermeiden wollen, sprechen wir aufrichtig von den Grenzen, innerhalb welcher der Frieden möglich ist. Diese Grenzen sind die Grenzen des Berliner Friedens; wenn Oesterreich sich mit dem begnügt, was es jetzt besitzt, und den vor zwei Jahren so feierlich gegebenen Versprechungen hinsichtlich des Prinzips „Hände fort“ treu bleibt, dann wird Rußland seine Haltung beibehalten. Wenn aber Oesterreich gegen seine Versprechungen und in Verletzung unterzeichneter Verträge in Serbien und Montenegro einfallen oder versuchen würde, weiter östlich vorzudringen, dann könnte keine Macht der Erde Rußland vorzuwenden, den Süd-Slawen gegen die österreicherische Aggression beizuspringen. Das ist das ganze Programm der Moskauer Partei, und sie verstanden dies nicht, um den Krieg herbeizubringen, sondern um denselben zu verhindern. Es ist überhaupt ein Irrthum, sich einzubilden, daß die Russen die Insurrektion in der Herzogina unterstützen. Keine russischen Offiziere gingen dahin ab, und hier herrscht die Ansicht, es sei grausam und strafbar, Agitation zu ermutigen, welche nur mit der Vernichtung armer Insurgenten enden kann. Als ich Aljakow einige der kriegerischen Fabeln in den Zeitungen zeigte, sagte derselbe: zum Glück provoziren Medien keinen Krieg, und wir wissen ganz genau, daß Skobjelow niemals jene thörichten Worte sprach, welche ihm französische Journale andichteten! Ich wiederhole: Rußland ist dem Kriege ganz abgeneigt. Wir wollen den Frieden, Niemand hier will den Krieg, und selbst wenn wir den Krieg wollten, würden wir uns nicht nach einer französischen Allianz umschauen. Frankreich denkt mehr an die Fonds Börse als an Elsas-Lothringen, und wir wissen überdies, daß Frankreich Deutschland ergeben ist (devoted), seitdem letzteres Frankreich Luxemburg verprügelte.“

Zu diesem Briefe der Nowikow bemerkt die Gladstonesche „Ball-Mall-Gazette“, es falle ihr schwer, diese feierlichen Erklärungen bezüglich der friedliebenden Tendenzen der Moskauer Partei zu glauben, da dieselben von Gefühlen dirigirt werden, welche trotz aller gegentheiligen Entschlüsse doch zu den selbstmörderischsten Unternehmungen führen können.

Aus Belgrad wird der „Polit. Corr.“ unter dem 9. d. gemeldet: Auf die vom Präsidenten der Skuptschina an ihn gerichtete Ansprache erwiderte der König, er fühle sich glücklich, den Vertretern seines Volkes mittheilen zu können, daß schon 24 Stunden nach der Rangerhöhung Serbiens von zwei Großmächten, welche jederzeit Wohlwollen für Serbien an den Tag gelegt hätten, die Anerkennung des neuen Königreichs kundgegeben worden sei. Er glaube nur seine Schuld und die Schuld des serbischen Volks abzutragen, wenn er seinem

Danke gegen die erhabenen Personen des Kaisers Franz Josef und des Kaisers Wilhelm Ausdruck gebe. — Gestern besuchte der König den Ministerpräsidenten Pirotschanac und sprach demselben die vollste Anerkennung für die konsequente, klug geleitete und mit einer historischen Thatfache gekrönte Politik des bermaligen serbischen Kabinetts aus. — Nach einer Meldung aus Konstantinopel steht die Anerkennung des neuen Königreichs von Seiten der Pforte allernächstens zu erwarten.

Ferner geht uns folgende telegraphische Mittheilung vom 9. d. aus Belgrad zu:

Der russische Gesandte wird heute dem Könige in besonderer Audienz die Glückwünsche des Kaisers Alexander anlässlich der Proklamirung Serbiens zum Königreich überbringen und gleichzeitig die Anerkennung des neuen Königreichs seitens Rußlands notifiziren.

Briefe und Zeitungsberichte.

C-Berlin, 9. März. Die Frage, warum gerade der 17. April dieser Tage als der Termin für den Beginn der Frühjahrsession des Reichstags bezeichnet worden, beantwortet sich wohl sehr einfach durch einen Blick in den Kalender: der 17. April ist der erste, auf die Dierseftage folgende Montag; da der Landtag die Zeit bis zum 1. April behufs Erledigung des Etats unbedingt braucht, und da man den Reichstag keinesfalls wenige Tage vor Diern berufen wird, um ihn alsbald wieder zu vertagen, so ergibt der 17. April sich leicht als der früheste denkbare Termin. Ob es aber bis dahin, ganz abgesehen von den Bedenken gegen das Zusammenarbeiten von Reichstag und Landtag, möglich sein würde, auf Grund der dem Volkswirtschaftsrathe mitgetheilten Materialien zu den dem Reichstage vorzuliegenden Gesetzen solche ausarbeiten — selbst der der Form nach vorhandene Monopol-Entwurf ist ja äußerst lückenhaft —, und dieselben durch den Bundesrath zu bringen, das ist denn doch sehr zweifelhaft. Insofern wird ein Termin um Pfingsten, von dem auch die Rede ist, wohl mehr Wahrscheinlichkeit für sich haben. Trotz der Zustimmung des Volkswirtschaftsraths zum Tabakmonopol, der man doch nur bei der geringstehenden Ansicht von der Urtheilsfähigkeit der öffentlichen Meinung irgend eine Wirkung auf diese zutrauen kann, giebt es übrigens immer noch Zweifler an der Frühjahrsession. Die bis jetzt dem Anschein nach vollständige Ausschließigkeit des Monopol-Projekts nicht bloß bei dem jetzigen Reichstag, sondern auch bei den Wählern, und der Widerwille, daß vor der Erhebung der Berufsstatistik „korporative Genossenschaften“ allein für die Unfallversicherung gebildet werden sollen auf die Gefahr hin, daß dieselben sich auf Grund der berufstatistischen Erhebungen später als unbrauchbar für weitere sozialpolitische Zwecke selbst nach der Auffassung der Vorkämpfer dieses Gedankens erweisen — diese Umstände sind es, welche noch immer Zweifel an der schließlichen Durchführung des gegenwärtig allerdings bestehenden Planes der Frühjahrsession aufrecht erhalten. Die Unfertigkeit der eventuellen Vorlagen würde allerdings wohl kein Hinderniß sein, schlimmstenfalls hilft man sich mit der beliebten Generalklausel, daß „der Bundesrath das Nähere zu bestimmen hat“. Schwerer fällt die Unmöglichkeit einer Majorität für das Tabakmonopol ins Gewicht. Es fragt sich nur, mit was für Absichten man sich an der hierfür entscheidenden Stelle tragen mag, um die schlechten Chancen — wenn nicht im jetzigen Reichstag, so doch bei den Wählern — zu verbessern. Der vielbemerkte Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ über die angebliche Unzulänglichkeit der landwirtschaftlichen Schutzzölle hat in dieser Beziehung wahrscheinlich die Bedeutung eines ersten Fühlers gehabt. Der Versuch, mit Hilfe erneuten, sehr weiten Eingehens auf die agrarischen Forderungen eine konservativ-klerikale Majorität — natürlich unter der Voraussetzung der Verfindigung mit der Kurie — für das Tabakmonopol zu bilden, hat vielleicht sehr wenig Aussicht auf Verwirklichung; aber daß die Idee nicht in den äußersten Unrissen befindliche, folgt daraus keineswegs. — Die Einbringung der Windthorst'schen Anträge auf unbedingte Freigabe der „leblich geistlichen Handlungen“ (Lesen der Messe und Spenden der Sacramente), so wie auf Aufhebung des Sperrgesetzes scheint zu früh angekündigt worden zu sein; der erstere ist aber bereits festgestellt; was den zweiten betrifft, so würde die Einbringung in einem schwer zu lösenden logischen Widerspruch mit der Zustimmung des Centrums zu dem Art. 1 der Regierungsvorlage stehen, wodurch u. A. die Vollmacht der Regierung zur bedingungslosen Aufhebung der Gehaltsperre in einzelnen Diözesen erneuert werden soll. Bei bloßen Demonstrationen kommt es allerdings auf die Logik nicht besonders an, und mehr als Demonstrationen sind die beiden Anträge nicht; daß keiner von beiden Aussicht auf eine Majorität im Abgeordnetenhause hat, weiß Herr Windthorst sehr wohl. Gerade eine Abneigung der Parteien rechts und links, den Katholiken zu helfen, soll konstatiert und daraus geschlossen werden, daß das Centrum, wie immer es auch handelt, recht handelt. (Siehe jedoch Ueberblick.)

Locales und Provinzielles.

Posen, 10. März.

Personal-Veränderungen im V. Armeekorps. v. Brauchitsch, Hauptmann und Komp.-Chef im 3. Pos. Inftr.-Regmt. Nr. 58, in das 2. Garde-Regiment zu Fuß versetzt. Simon, Hauptmann und Komp.-Chef im Schlef. Füsilier-Regiment Nr. 38, in das 3. Pos. Inftr.-Regt. Nr. 58, mit Patent vom 15. August 1877 versetzt.

Der Handwerker-Verein feiert morgen im Vereinslokale Bismarckstraße 9, sein zwanzigtes Stiftungsfest durch eine musikalisch-deklamatorische Abend-Unterhaltung, Abendessen und Tanz. Die Eintrittsbillets für die Mitglieder giebt Herr Mechanikus Förstler aus.

Δ Schneidemühl, 8. März. [Verschönerungsverein. Zusatg. Dolmetscher] Die Bildung eines Verschönerungs-Vereins ist hier wiederholt in Anregung gebracht worden. An die







Produkten-Börse.

Berlin, 9. März. Wind: NW. Wetter: Brachtwol. Weizen per 1000 Kilo loco 202-235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmelb. - bezahlt, deutscher Polnischer - Markt, ab Bahn, per Februar - bezahlt, per März - M. bez., per April-Mai 219-218 M. Markt bezahlt, per Juni-Juli 217-217 M. Markt bez., per Juni-Juli 218-27 M. bez., Juli-August 211-210 M. Markt bezahlt, per September-Oktober 209-208 M. bez., - Getreidigt - Str. Regulierungspreis - Roggen per 1000 Kilo loco 158 bis 172 Markt nach Qualität gefordert, inländischer 164-171 Markt ab Bahn bezahlt, equ. do. - M. ab B. bez., f. poln. - M. ab B. bez., alter - M. ab B. bez., russischer u. polnischer u. Gal. 156-162 Markt ab Bahn bezahlt, per März 162 1/2 Markt bezahlt, per März-April 162 1/2 Markt bezahlt, per April-Mai 162 1/2 Markt bezahlt, per Mai - M. bez., per Juni-Juli 162-161 1/2 Markt bez., Juni-Juli 160 1/2-160 Markt bezahlt, Juli-August 158 1/2-158 1/2 Markt bez., Getreid. 1000 Str. Regulierungspreis 162 1/2 Markt. - Gerste per 1000 Kilo loco 129-200 Markt nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo loco 127-172 Markt nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 129 bis 140 M. bezahlt, ost- und westrußischer 140-153 M. bezahlt, pommerischer und Udermäcker 135 bis 147 M. bezahlt, schlesischer 148 bis 156 bez., f. do. 148-156 bez., böhmischer 157-160 M. bezahlt, f. do. 157-160 M. bez., fein weiß westrußischer - ab B. bez., März - Markt bez., April-Mai 137 1/2 Markt bezahlt, per Mai-Juni 139 1/2 Markt bezahlt, per Juni-Juli 140 1/2 Markt bez., Getreidigt - Str. Regulierungspreis - Markt - Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 160 bis 200 M., Futterwaare 142 bis 158 Markt. - Mais per 1000 Kilo loco 136-145 nach Qualität gefordert, per Februar - M., Februar-März - M., per April-Mai 139 M. bez., per Mai-Juni 137 M., per Juni-Juli 136 M., per September-Oktober 133 1/2 M. - Getreidigt - Str. - M. Regulierungspreis - M. - Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 31,00 bis 29,50 Markt, 0: 28,50 bis 27,50 M., 0/1: 27,50 bis 26,50 Markt.

- Roggenmehl inkl. Sad 0: 24,25 bis 23,25 Markt, 0/1: 22,75 bis 21,75 M., per März 22,30 M. bez., März-April - M. bez., April-Mai 22,30 M. bez., per Mai-Juni 22,20 Markt bez., Juni-Juli 22,10 M. bez., per Juli-August 22,05-22,00 M. bezahlt. Marke Kugelwärbbe - bez. Getreidigt 1500 Str. Regulierungspreis 22,30 Markt - Delfaat per 1000 Kilo - Winterraps - M., Winterrüben - Markt - Rübböl per 100 Kilo loco ohne Fass 54,9 M., loco mit Fass 55,2 M., per März - M. bez., per März-April - Markt, bez., per April-Mai 55,3 Markt bez., Mai-Juni 55,7 M., Juni-Juli - bez., September-Oktober 56,0-56,1-56,0 bez. Getreid. - Str. Regulierungspreis - Markt - Leinöl per 100 Kilo loco - M. - Petroleum per 100 Kilo loco 24,7 Markt, per März 24,2 M. bezahlt, per März-April - M. bezahlt, per April-Mai 23,4 M., per Mai-Juni - Markt bezahlt, per September-Oktober 24,6 Markt. - Getreidigt - Zentner. Regulierungspreis - Markt. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Fass 45,7-45,5 Markt bez., März 48,4 Markt, per März-April 48,4 Markt bezahlt, per April-Mai 47,1-47,3 M. bez., per Mai - M., per Juni-Juli 47,3-47,5 Markt bez., per Juni - Markt bez., per Juni-Juli 48,3-48,5 Markt bez., per Juli-August 49,3-49,5 Markt bezahlt, per August-September 49,8-49,9 per September-Oktober 49,0-49,1 Markt bezahlt. Getreidigt 20,000 Liter. Regulierungspreis 46,5 Markt. (B. B. 3.)

Berlin, 9. März. Die Börse eröffnete auf die schwachen Wiener Notierungen in sehr gedrückter Haltung und überdies that die Kontinente ihr mögliches, die Stimmung noch weiter herabzudrücken. So wurden die verschiedensten Gerichte, denen natürlich von vornherein wenig oder gar kein Glauben beizumessen war, kolportiert. Einigen Einflüssen hatten diese Operationen doch auf die Entwicklung des Geschäftes, denn während die Grundtenenz der Börse andauernd fest blieb, unterlag die oberflächliche Haltung mehrfachen Schwankungen.

und bildet insofern die direkte Fortsetzung der gestrigen geschäftlichen Entwicklung. Nach matterem Anfang besiegte sich die Stimmung, dann griff wieder eine allgemeine Abschwächung Platz, die schließlich der festeren Haltung weichen mußte. Demgemäß hat die Kursbewegung der österreichischen Kreditaktien einen ziemlich erregten Charakter angenommen, der erst in der zweiten Börsenstunde etwas ruhiger wurde. Auf anderen Gebieten blieben die Umsätze sehr gering. Angebot und Nachfrage waren gleich belanglos und dem entsprechend blieben auch

gelber inländischer 210 bis 220 Markt, weißer 212-220 M., geringer 184-198 Markt bez., per April-Mai 222-220-220,5 M. bez., per Mai-Juni 220 M. bez., per Juni 220 M. bez., per August - M. bez., per September-Oktober - M. bez., - Roggen unverändert, per 1000 Kilo loco inländischer 159-161 M., per April-Mai 161 M. bez., per Mai-Juni 160,5-160 M. bezahlt, per Juni-Juli 159,5 M. bez., per Juli-August 185 M. bez., per September-Oktober 156,5 M. bez. - Gerste flau, per 1000 Kilo loco Brau- 150 bis 160 Markt, Futter- 120 bis 135 M. - Hafer flüchtig, per 1000 Kilo loco inländischer 136 bis 145 M., feinsten 150 M. bezahlt. - Erbsen ohne Handel. - Winterrüben matt, per 1000 Kilo per April-Mai 261-260 Markt bez., per Mai-Juni - M. bez., per Juni-Juli - M. bez., per Juli-August - M. bez., per September-Oktober 262 M. bezahlt. - Rübböl behauptet, per 100 Kilo loco ohne Fass bei Kleinigkeiten 57 M. Br., per März 55,75 M. Br., per April-Mai 55,75 M. Br., per Mai-Juni - M. bez., per September-Oktober 56,25 M. Br. und Gd. - Winterraps per 1000 Kilo loco - Markt bez. - Spiritus behauptet, per 10,000 Liter loco loco ohne Fass 44 M. bezahlt, mit Fass - Markt bezahlt, kurze Lieferung, ohne Fass - M. bez., per März 45 M. nom., per April-Mai 46,3-46,2 M. bez., Br. und Gd., per Mai-Juni 46,7 M. Br. und Gd., per Juni-Juli 47,4 M. bez., per Juli-August 48,1 M. Br. und Gd., per August-September 49,1-48,8 M. bez., 49 M. Br. und Gd., per September 49,5 M. bez. - Angemeldet: Nichts. - Regulierungspreise: Weizen - M., Roggen - M., Rüben - M., Rübböl 55,75 M., Spiritus 45 M. - Petroleum loco 7,5 M. trans. bezahlt, alte Waare - M. tr. bez., Regulierungspreis 7,5 M. trans. - Schmalz, Wilcox 53 M. trans. bez., Fairbank 52,5 M. tr. bez. (Office-Bez.)

Fonds- u. Aktien-Börse.

Table listing various bonds and stocks with columns for name, price, and other details. Includes entries like 'Preuss. Anl.', 'Rheinl. Anl.', 'Sächs. Anl.', etc.

Table listing various bonds and stocks with columns for name, price, and other details. Includes entries like 'Amerik. gef. 1881', 'Russ. Anl.', 'Österr. Anl.', etc.

Table listing various banks and financial institutions with columns for name, price, and other details. Includes entries like 'Badische Bank', 'Deutsche Bank', 'Königsb. Bank', etc.

Table listing various railway companies and their shares with columns for name, price, and other details. Includes entries like 'Bayer. Staatsbahn', 'Sächs. Staatsbahn', etc.

die zur Notiz gekommenen Kursveränderungen ganz belanglos. Spekulation und Kassamarkt rivalisirten so zu sagen in der Geschäftslage. - Per Ultimo notiren: Franzosen 523-524-522, Lombarden 244-242,50-245 Brief, Kreditaktien 547,50-546,50-551,50-549, Wiener Bankverein 205,50-205, Darmstädter Bank 156,75-157 bis 156,75, Kommandit-Antheile 195,10-194,90-196-195,75, Deutsche Bank 153,50-153,60, Dortmunder Union 92,90-93,10, Launabütte 113,10-112,75. Der Schluss war fest. - Privat-Disconto 3 1/2 pCt.

Table listing various railway companies and their shares with columns for name, price, and other details. Includes entries like 'Bayer. Staatsbahn', 'Sächs. Staatsbahn', 'Preuss. Staatsbahn', etc.